

«Der Stadt geht es langsam besser»

Mulhouse. Maire Jean-Marie Bockel kandidiert für seine vierte Amtszeit



Mitte-Links-Politiker. Jean-Marie Bockel ist überzeugt, dass sich Mulhouse trotz allen Problemen erneuert hat. Foto Margrit Müller

INTERVIEW: PETER SCHENK

Das Hauptproblem von Mulhouse sind die vielen Immigranten. Viele haben keine Arbeit und sind deshalb nicht integriert. Die Rechtsextremisten bleiben stark, stellen aber keine Bedrohung mehr dar.

Jean-Marie Bockel ist seit 1989 Maire von Mulhouse. Seit Juni 2007 ist

der Ex-Sozialist Minister in der bürgerlichen Regierung Sarkozy und hat mittlerweile die Parti socialiste verlassen. Beim ersten Wahlgang der Kommunalwahlen am 9. März tritt er mit einer sogenannten Liste der Öffnung, auf der sich neben Grünen, Linken und Liberalen auch prominente Konservative be-

finden, gegen sechs konkurrierende Listen an. Bei einer Umfrage im Dezember 2007 wurden ihm 46 Prozent der Stimmen eingeräumt. Der Sozialist Pierre Freyburger, der früher mit Bockel zusammengearbeitet hat, kam mit 22 Prozent an zweiter Stelle.

baz: Monsieur Bockel, Sie sind seit 19 Jahren Maire von Mulhouse und kandidieren wieder. Warum?

JEAN-MARIE BOCKEL: Ich glaube, dass es dieser Stadt langsam besser geht. Ich habe zu ihrer Erneuerung beigetragen und viel daran gearbeitet. Das

anerkennen die Leute. Aber Mulhouse ist weiterhin eine Stadt mit vielen Problemen; mehr als der Durchschnitt der französischen Städte. Ich möchte nicht, dass Mulhouse Rückschritte macht. Diese Stadt ist meine Leidenschaft, sie ist mein Leben. Die Arbeit hier ist wichtiger für mich als Ministerposten oder parlamentarische Aufgaben.

Was hat Mulhouse für Probleme?

Vor allem die Zusammensetzung der Bevölkerung mit den unterschiedlichsten Ursprüngen. Der Anteil der Immigranten ist höher als in anderen Städten. Oft sind die Einwanderer



nicht ins Wirtschaftsleben integriert. Mulhouse war immer eine Stadt der Immigration und wird das immer bleiben. Aber Einwanderung, die losgelöst ist von der Arbeit, bei der sich in

den Quartieren Ghettos bilden, die Armut, Ausbeutung und prekäre Situationen mit sich bringt, ist nicht gut für die Stadt. Das ist ihre Schwäche. Zudem führt es dazu, dass die Mittelschicht aus manchen Quartieren flieht. Es gibt auch viele erfolgreiche Einwanderer, die zum Erfolg von Mulhouse beitragen, aber Folge der Immigration ist, dass manche Teile der Stadt sehr heruntergekommen sind.

Was können Sie dagegen machen?

Ich habe dafür Lösungen gefunden, sonst wäre ich nicht mehr Maire. Es gibt volkstümliche Quartiere, denen es sehr viel besser geht, in welche die Mittelschicht zurückgekehrt ist. Seit sechs Jahren hat auch die Kriminalität abgenommen; die Zahlen sind um ein Drittel zurückgegangen. Wir haben noch nicht alle Probleme gelöst, aber wir müssen uns weiter bemühen, die Stadt zu entwickeln. Sie ist weiter vom Abstieg bedroht. Um das zu verhindern, trete ich wieder an.

Was sind die Stärken von Mulhouse?

Die Stadt ist schöner geworden und es geht ihr besser. In vielen Quartieren lebt es sich besser. Wir haben zwar in den traditionellen Wirtschaftszweigen Arbeitsplätze verloren, aber die Wirtschaft hat sich verwandelt und

neue Wirtschaftszweige sind entstanden – so sind schon viele Arbeitsplätze geschaffen worden. Positiv ist die sichtbare Erneuerung von Mulhouse – beim Urbanismus, der Lebensqualität und der Wirtschaft. Die Stadt ist attraktiver geworden.

Ist das neue Tram ein Erfolg?

Nicht nur für mich, auch für die Bewohner. Alle meine Gegenkandidaten haben ein Foto des Trams in ihrem Programm – es ist kein Wahlkampfthema mehr. Die jüngsten Passagierzahlen zeigen, dass wir heute die Zahlen erreicht haben, die für in anderthalb bis zwei Jahren geplant waren.

Die Rechtsextremisten hatten früher sehr gute Wahlergebnisse in Mulhouse. Ist die Gefahr gebannt?

Das Problem ist nie gelöst. Die Hydra ist immer da. 1995 erreichten die Rechtsextremisten im zweiten Wahlgang 33 Prozent. Ich bin sehr stolz darauf, dass sie 2001 im zweiten Wahlgang bei knapp über 20 Prozent blieben. Das ist immer noch viel zu viel, aber viel weniger als vorher. Sie haben gehofft, die nächsten Wahlen zu gewinnen, aber stark verloren. Ich glaube, die Rechtsextremisten werden auch bei diesen Wahlen gut abschneiden. Aber derzeit glaubt niemand, dass sie eine Bedrohung sind. Das bedeutet keineswegs, dass wir nicht weiterhin achtsam sein müssen. In einer Stadt wie Mulhouse stellt die extreme Rechte eine Art Barometer dar.

Wo stehen Sie heute politisch?

Seit zehn Jahren fühle ich mich in Europa den Sozialliberalen wie Schröder oder Blair näher als dem konservativen französischen Sozialismus. Die extreme Linke gibt in der französischen Sozialistischen Partei weiter den Ton an, an ihr orientiert sie sich. Die Parti socialiste vertritt nicht meine Überzeugung, aber ich sehe mich weiterhin als Mann von Mitte-Links und habe mit «Gauche Moderne» meine eigene Partei gegründet.

Ist Ihr Ministerposten vereinbar mit den Aufgaben als Maire?

In der Schweiz und auch in Deutschland erlaubt die politische Tradition nicht, was wir in Frankreich machen. Ihre Tradition ist moderner als unse-

re. Die französische Ämterhäufung erscheint anormal, erklärt sich aber aus dem französischen Zentralismus, der nicht verschwunden ist. Er fördert die Ämterhäufung. Ich bin seit 1989 Maire und habe seitdem immer auch eine nationale Aufgabe gehabt. Das hat mir erlaubt, mich für meine Stadt einzusetzen. Die meisten Maires grösserer Städte machen das genauso – sie haben ein nationales Mandat, das ist die französische Tradition. Eines Tages wird sich das ändern, aber solange

«In einer Stadt wie Mulhouse stellt die extreme Rechte eine Art Barometer dar.»

das nicht geschehen ist, will ich nicht der Einzige sein, der in den Pariser Entscheidungszentren nicht präsent ist. Die Einwohner von Mulhouse haben mich immer so gekannt. Sie wissen, dass ich hier wohne, meine Familie hier ist, meine Kinder hier aufgewachsen sind. Ich fahre jede Woche nach Paris – manchmal für zwei Tage, manchmal für drei, wenn ich nach Afrika reise können es vier Tage sein.

Glauben Sie, dass Ihr Ministerposten der trinationalen Region nutzen kann bei Themen wie etwa dem TGV Rhin-Rhône oder dem Bahnanschluss des EuroAirports?

Natürlich. Allerdings gibt es in Frankreich derzeit nicht viel Geld. Es ist schon nicht einfach, den TGV zu finanzieren. Der Bahnanschluss des Flughafens ist derzeit nicht reif.

Wie sieht die Beziehung zwischen Mulhouse und Basel aus?

Sie war nie so konkret wie jetzt – wir treffen uns regelmässig zwischen Freiburg, Mulhouse und Basel. Wir haben verstanden, dass Basel ein Trumpf für uns ist und Basel hat begriffen, dass es auch die anderen Städte braucht und nicht nur diejenigen in der Nähe wie St-Louis. Wir suchen Aktionsmöglichkeiten bei den Themen Universität, Kultur, Raumplanung und bei konkreteren Fragen. Wir sind dabei, die Beziehungen auszubauen.

Maire und Minister in der Regierung Sarkozy

LANGE SOZIALIST. Jean-Marie Bockel (57) wurde in Strassburg geboren und ist von Beruf Anwalt. Er gehörte bis letztes Jahr der sozialistischen Partei, Parti socialiste (PS), an und wurde 1981 und später mehrmals zum Député in die Pariser Nationalversammlung gewählt. Von 1984 bis 1986 war er Staatssekretär im Handelsministerium. Politisch gehörte er lange dem linken Flügel der PS um den mehrfachen Minister und Ex-Maire von Belfort Jean-Pierre Chevènement an. 1989 wurde Bockel zum Maire von Mulhouse gewählt und bis jetzt stets im Amt bestätigt. In den letzten zehn Jahren nahm er verstärkt sozialliberale und sozial-

demokratische Positionen ein, weshalb er in der PS zunehmend isoliert war. Im Juni 2007 führte dies dazu, dass Bockel einen Ministerposten in der Regierung des Bürgerlichen Nicolas Sarkozy annahm, dem er sich schon vorher in mehreren Positionen angenähert hatte. Als Staatssekretär für Kooperation und Frankophonie untersteht Bockel mit zwei weiteren Staatssekretären dem Aussenminister Bernard Kouchner. Bockel ist unter anderem für die Entwicklungshilfe zuständig, die zu 60 Prozent nach Afrika fließt und für die Stärkung der französischen Sprache in der Welt. Vor Kurzem gründete er mit «Gauche Moderne» eine eigene Partei. psc